

Beschluss des Landrats vom 29.08.2019

Nr. 60

40. Steuerliche Entlastung von berufstätigen Alleinerziehenden 2019/65; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

Susanne Strub (SVP) spricht sich im Namen der SVP-Fraktion gegen Überweisung des Postulats aus. Der Ansatz ist falsch, denn es bestehen andere Möglichkeiten, berufstätige alleinerziehende Mütter oder Väter zu unterstützen.

Stefan Degen (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion lehne den Vorstoss ab, weil das Anliegen steuersystematisch falsch sei. Nichteinkommen würden besteuert und effektive Einkommen steuerbefreit. Es werden Leute entlastet, die mehrheitlich ohnehin keine Steuern zahlen und solche belastet, die schon hohe Steuern zahlen. Die FDP-Fraktion lehnt die Anliegen des Postulats ab, ist jedoch offen einerseits für Abzüge bei Leuten, wo es Sinn macht, und andererseits für alternative Massnahmen in diesem Bereich.

Urs Kaufmann (SP) erklärt, die SP-Fraktion vertrete klar die Meinung, dass es eine Gleichberechtigung bei Obhutsberechtigten bzw. den Nicht-Obhutsberechtigten bezüglich Abzugsfähigkeit und Steuerpflichtigkeit brauche.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion sei für die Überweisung des Postulats. Für Alleinerziehende bzw. Ein-Elternhaushalte ist es schwierig, sich über Wasser zu halten. Vor allem die Kinderbetreuung ist eine grosse Herausforderung. Meistens sind Mütter davon betroffen. Die Situation muss geprüft werden. Die Alimente sollen den Kindern zugutekommen und nicht noch besteuert werden. Die SV17 bringt höhere Abzüge, aber es ist sinnvoll, zu prüfen, was es für diese Haushalte bedeutet. Zahlen Personen ohnehin keine Steuern, ist es auch nicht schlimm, wenn man das Anliegen umsetzt.

Auch die Grüne/EVP-Fraktion, erklärt **Erika Eichenberger Bühler** (Grüne), unterstütze die Überweisung des Vorstosses. Die für Alleinerziehende nachteilige Regelung muss korrigiert werden. Stossend ist, dass den Betroffenen nach jetziger Regelung Unterstützungsbeiträge auch für Krankenkassen, Krippenverbilligungen etc. entgehen.

Andreas Dürr (FDP) hält fest, mit dem Postulat werde in ein heikles Gebiet eingegriffen, das im Wesentlichen der Jurisprudenz überlassen sei. Bei einer Scheidung ist grundsätzlich für beide zu wenig Geld da. Das Gericht versucht, das halbwegs gerecht auf beide zu verteilen. Bei der Verteilung wird die Steuerbelastung mit einbezogen.

Wird die Besteuerung nun geändert, werden die Gerichte allerdings bei ihren Entscheiden berücksichtigen, dass der «Zahlvater» nun auch noch die Alimente versteuern muss, womit er weniger frei verfügbares Einkommen oder Vermögen hat und somit auch der alleinerziehenden Mutter weniger geben kann. Es geht um einen Kuchen, der in 90 % der Fälle nicht ausreicht. Mit dem Postulat erfolgt eine Verschiebung, welche die Gerichte wieder korrigieren müssen. Das ist unnötig. Den Redner stört insbesondere, dass das System der Steuern, das in der Gerichtspraxis funktioniert, umgekehrt wird. Wird man verdammt, relativ hohe Alimente zu zahlen, tröstet es einem, dass man diese nicht versteuern muss. Wo zu wenig Geld zu verteilen ist, bringt das Postulat oh-

nehin nichts. Wo genügend Geld vorhanden ist, ärgert es die Leute. Die Umsetzung des Anliegens ist keine soziale Tat. Diese systemfremde Idee ist abzulehnen.

Saskia Schenker (FDP) weist darauf hin, dass diverse Vorstösse zum Thema Sozialhilfestrategie, Armutsstrategie etc. in Prüfung oder Umsetzung seien. Alle haben das gleiche Anliegen: Leistung soll sich lohnen und Fehlanreize im System soll es nicht geben. Die FKD arbeitet an diesen Themen. Die Antworten zur gesamtheitlichen Sozialhilfestrategie und den anderen Themen werden erwartet. Das Anliegen des Vorstosses ist nicht mehr nötig. Der Regierungsrat wird ihn entgegennehmen, um ihn mit dem Bericht abschreiben zu können.

Urs Kaufmann (SP) erklärt, der Grund für die Überweisung sei, zu prüfen, ob ein möglicher Schwelleneffekt bei den Alleinerziehenden bestehe. Dies soll im Gesamtkontext betrachtet und geprüft werden. Allenfalls zeigt sich als Ergebnis, dass kein Effekt resultiert, wie Andi Dürr das gesagt hat.

://: Mit 46:34 Stimmen 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
